

»Historischen Auftrag wollen wir weiterführen«

VVN-BdA diskutiert Zukunftsentwurf für solidarische Gesellschaft. Neue Spitze der Gründungstradition verpflichtet. Ein Gespräch mit Florian Gutsche

Der 7. Bundeskongress der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, VVN-BdA, hat am Wochenende einen Zukunftsentwurf für eine solidarische Gesellschaft diskutiert. Wie beschreiben Sie die derzeitige Lage?

Anfangen mit »Pegida« im Jahr 2015 und den aktuellen »Hygienedemos« von Coronaleugnerinnen und -leugnern gibt es eine Polarisierung mit ständig zunehmender rechter Straßenmobilisierung. Gegen sie und deren parlamentarischen Arm, die AfD, fand zugleich eine Gegenmobilisierung von jungen Frauen und auch migrantischen Milieus statt. Die Anschläge in Hanau und Halle sowie der Mord an Walter Lübcke haben gezeigt, dass es einen Teil der Gesellschaft gibt, der bedroht ist, zugleich aber um so lauter gesellschaftliche Teilhabe für sich einfordert. Diese Bewegung fordert auch die Sicherheitsbehörden in diesem Land auf, dafür zu sorgen, dass sich keine rechten Strukturen in deren eigenen Reihen etablieren.



Florian Gutsche ist neu gewählter Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

eine friedliche Welt eintreten, ist im Schwur von Buchenwald als handlungsleitendes Element enthalten. Die Bewegung zum Klimaschutz und zur Klimagerechtigkeit erkennt auch umgekehrt Parallelen zum antifaschistischen Kampf und beteiligt sich daran. Die Kriege dieser Welt sind ein grausamer Umstand, den es zu beenden gilt, genau wie die Produktion und Lieferungen der deutschen Waffenindustrie ein maßgeblicher Klimakiller ist. All dies zieht Fluchtbewegungen nach sich, nicht zuletzt aufgrund von nicht mehr bebaubarem Ackerland.

Die Erfahrung von Flucht haben unsere Gründerinnen und Gründer und älteren Mitglieder machen müssen sowie viele Menschen aktuell. Die Abschottungsmaßnahmen der Europäischen Union sind nicht von einem humanistischen Geist geprägt, sondern von ökonomischen Interessen. Dagegen bringen wir uns ein.

Also auch gegen entfesselten Kapitalismus und Antikommunismus?

Dazu gibt es in der VVN unterschiedliche Positionen. Am Aufbau unserer Organisation waren Kommunistinnen und Kommunisten maßgeblich beteiligt, die gleich zu Anfang der Nazizeit in KZ deportiert wurden und dort Widerstand leisteten. Insofern ist dies Teil der Analyse dessen, was an Rechtsruck in Deutschland gerade passiert. Manche christliche Widerstandskämpferinnen und -kämpfer teilen das aber vielleicht nicht.

Wie schwer wird es für Sie sein, die VVN-BdA im Sinn der Holocaustüberlebenden weiter zu betreiben, wenn Zeitzeuginnen und -zeugen sterben und ihre Stimme nicht mehr erheben können?

Unser Bundessprecher Ulrich Schneider hat dazu beim Bundeskongress gesagt, er wünsche sich, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die dazu arbeiten, auf die VVN zukommen: Hier sind die wenigen Überlebenden sowie Menschen, die diese noch kennenlernen dürfen. Wir wollen den historischen Auftrag weiterführen, den sie vertrauensvoll in unsere Hände gelegt haben. Wichtig ist, dass wir den Generationenwechsel schaffen und die Öffnung zu migrantischen Milieus hinbekommen, um die Erinnerung an die Schrecken des deutschen Faschismus aufrechtzuerhalten. **Interview: Gitta Düperthal**



Jahrhundertkatastrophe. Am 35. Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl hat die Ukraine am Montag der Opfer gedacht. In der nach dem Unglück gegründeten Stadt Slawutitsch erinnern die Menschen an die beim Einsatz gestorbenen Feuerwehrleute (siehe Foto). Die Explosion des Blocks vier im Atomkraftwerk Tschernobyl im April 1986 gilt als die größte Nuklearkatastrophe in der zivilen Nutzung der Kernkraft. In der Folge wurden radioaktiv verstrahlte Landstriche um die Atomruine gesperrt. Es gab Tausende Tote und Verletzte. Zehntausende Menschen mussten umgesiedelt werden. (dpa/iw)

Hilfe lässt auf sich warten

Indien: Dramatische Pandemielage. Gesundheitssystem überlastet

Seit Tagen steigen die Infektionszahlen in Indien rasant. Am Montag meldet das Land mit 352.991 Coronaneuinfektionen den fünften Tag in Folge einen weltweiten Höchstwert. Auch die Zahl der Toten hat mit 2.812 innerhalb von 24 Stunden einen neuen Höchststand erreicht. Die Dunkelziffer dürfte allerdings weit darüber liegen.

Seit Mitte März baute sich in dem südasianischen Land eine »zweite Welle« auf, die laut Einschätzung von Experten erst in etwa drei Wochen ihren Höhepunkt erreichen wird. Das Gesundheitssystem ist überlastet. Die Intensivstationen sind überfüllt, vor den Krankenhäusern stehen die Patienten Schlange. Der Schwarzmarkt für Sauerstoffflaschen blüht. In der Hauptstadt Neu-Delhi herrscht seit Tagen eine Ausgangssperre.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat wegen der in Indien aufgetauchten Virusvariante »B.1.617« am Montag allerdings vor vorläufigen Schritten gewarnt und sie bislang nur als »von Interesse« eingestuft. Anders als die Varianten, die zuerst in Brasilien, Südafrika und Großbritannien entdeckt wurden, gilt sie nicht als »besorgniserregend«. Unklar ist demnach, ob sie für den Anstieg der Neuinfektionen verantwortlich ist.

Neben China hat unterdessen selbst Pakistan dem Nachbarland Hilfe angeboten. Angesichts der Zuspitzung der Lage haben ebenfalls die Bundesrepublik und Großbritannien Unterstützung in Aussicht gestellt. Auch die USA, die sich lange geweigert hatten, mehr Impfstoffe nach Indien zu liefern oder das Embargo für den Export von für deren Herstellung be-

nötigen Rohstoffen aufzuheben, haben nun Unterstützung zugesagt. So verlaubte er am Sonntag (Ortszeit) aus dem Weißen Haus.

In den vergangenen Tagen hatte es nach Berichten, dass die Impfkampagne im Land unter anderem wegen des US-Embargos ins Stocken geraten war, Empörung in Indien über Washingtons Haltung gegeben. Es folgte ein »Shitstorm«, nachdem US-Außenminister Antony Blinken am Sonnabend angesichts des wachsenden Drucks auf dem Kurznachrichtendienst Twitter geschrieben hatte: »Unsere Herzen sind beim indischen Volk inmitten des schrecklichen Covid-19-Ausbruchs« – aber ohne Angaben zu Hilfsmaßnahmen für das knapp 1,4-Milliarden-Einwohner-Land zu machen.

Martin Haffke

NACHRICHTEN

Arbeitsverbot für Nawalny Organisationen

Moskau. Die Organisationen des inhaftierten russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny dürfen nach Angaben seines Teams und seiner Anwälte nicht mehr arbeiten. Ein Gericht in Moskau habe das Arbeitsverbot verfügt, teilte der Direktor von Nawalny Stiftung, Iwan Schdanow, am Montag mit. Das Verbot gelte, bis über einen Antrag der Moskauer Staatsanwaltschaft entschieden werde, die Organisationen als extremistisch einzustufen. Die Bewegung, so die Ankläger, »destabilisiert die gesellschaftlich-politische Lage im Land«. Sie rufe auf zur »extremistischen Tätigkeit, zu Massenunruhen – auch mit Versuchen, Minderjährige in gesetzeswidrige Handlungen zu verwickeln.« (dpa/iw)

»Sputnik V« wird künftig auch in Türkei produziert

Istanbul. Ein türkisches Pharmaunternehmen und der russische Direktinvestmentfonds (RDIF) haben eine Verein-

barung zur Produktion des russischen Coronaimpfostoffs »Sputnik V« in der Türkei unterschrieben. Die Produktion werde in den kommenden Monaten an mehreren Standorten beginnen, heißt es am Montag in einer gemeinsamen Erklärung von RDIF und dem türkischen Unternehmen Viscoran Ilac. Man freue sich, zu einem so wertvollen Produkt beitragen zu können, sagte der Viscoran-Vorstandsvorsitzende Öztürk Oran. Der RDIF ist für die internationale Vermarktung von »Sputnik V« zuständig, das bereits in vielen Ländern zugelassen und im Einsatz ist. (dpa/iw)

Weniger Arbeitsverträge wurden entfristet

Nürnberg. Im vergangenen Jahr ist die Zahl befristeter Beschäftigungsverhältnisse auf 2,4 Millionen gesunken, wie aus einer am Montag veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervorgeht. Zwei Jahre zuvor arbeiteten noch 3,2 Millionen Menschen zeitlich befristet. Der Anteil an allen Beschäftigungs-

verhältnissen sank von 8,3 auf 6,3 Prozent. Befristungen erwiesen sich für die Beschäftigten vor allem in Krisenzeiten als Problem, weil sie dann deutlich seltener »als Brücke in unbefristete Beschäftigung« dienten, erklärte IAB-Forscher Christian Hohendanner am Montag. (AFP/iw)

Rassistischer Angriff in Erfurt

Erfurt. Ein Jugendlicher ist am Freitagabend in einer Straßenbahn in Erfurt von einem Mann rassistisch beleidigt und brutal attackiert worden. Ein am Montag auf Twitter hochgeladenes Video zeigte den Angriff, bei dem der jugendliche Syrer von einem weißen Mann mehrfach bespuckt, beleidigt und getreten wurde. Dank der Videoaufnahmen und Zeugenaussagen konnte die Polizei den Angreifer als einen 39-jährigen polizeibekanntem Deutschen identifizieren. Die Kripo Erfurt habe die weiteren Ermittlungen übernommen. Der Jugendliche sei glücklicherweise nur leicht verletzt worden. (iw)